

W O R T P R O T O K O L L

der 10. Sitzung des Rechtsausschusses
am Mittwoch, 11. Mai 2022
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Michael Noetzel

Beginn: 09.05 Uhr

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern

- Drucksache 8/404 -

Durchführung einer Anhörung
- Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagesgesetzes Mecklen-
burg-Vorpommern -
am 11. Mai 2022
- Sachverständigenliste -

- | | |
|----------------------------|--|
| 1. Frau Laura Pooth | Vorsitzende der DGB Nord
Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern |
| 2. Frau Annett Lindner | Vorsitzende der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern |
| 3. Frau Birgit Geitmann | Landesbezirksvorsitzende der ver.di
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landes-
bezirk Nord |
| 4. Herr Dietmar Knecht | Landesvorsitzender des dbb
beamtenbund und tarifunion
Landesbund Mecklenburg-Vorpommern |
| 5. Herr Lars Schwarz | Präsident der Vereinigung für Unternehmens-
verbände für
Mecklenburg-Vorpommern e.V. |
| 6. Frau Ulrike Bartel | Vorsitzende
des Landesfrauenrates
Mecklenburg-Vorpommern e.V. |
| 7. Frau Claudia Kajatin | Geschäftsführerin
des Landesfrauenrates
Mecklenburg-Vorpommern e.V. |
| 8. Herr Peter Volkmann | Geschäftsbereichsleiter bei der Industrie- und
Handelskammer zu Rostock |
| 9. Herr Andreas Wellmann | Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städte- und Gemeindetages
Mecklenburg-Vorpommern e.V. |
| 10. Herr Matthias Köpp | Geschäftsführer des Landkreistages Mecklen-
burg-Vorpommern |
| 11. Herr Siegbert Eisenach | Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Han-
delskammer zu Schwerin |

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

8. Wahlperiode

- Rechtsausschuss -

Anwesenheitsliste

10. Sitzung am 11. Mai 2022
in Schwerin, Plenarsaal

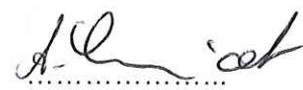
Vorsitzender:

Abg. Michael Noetzel (DIE LINKE)

Stellvertretender Vorsitzender:

Abg. Prof. Dr. Robert Northoff (SPD)

Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
	Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
SPD				
	Hegenkötter, Beatrix		Butzki, Andreas	
	Lange, Bernd		Pfeifer, Mandy	
	Mucha, Ralf		Schiefler, Michel-Friedrich
	Prof. Dr. Northoff, Robert	online	Würdisch, Thomas
AfD				
	Förster, Horst		Meister, Michael
			Dr. Schneider-Gärtner, Eva Maria
			Tadsen, Jan-Phillip
			Timm, Paul-Joachim
CDU				
	Ehlers, Sebastian		Berg, Christiane
			Diener, Thomas
			Hoffmeister, Katy
			Schlupp, Beate
DIE LINKE				
	Noetzel, Michael		Schmidt, Elke-Annette	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				
	Oehlich, Constanze		Shepley, Anne
FDP				
	Domke, René		Enseleit, Sabine
			Wulff, David

Ministerium bzw. Dienststelle (Druckschrift)	Name Vorname (Druckschrift)	Dienststellung/ Funktion (Druckschrift, nicht abgekürzt)	Unterschrift
JM	Bernhardt Jacqueline	Justizministerin	_____
JM	Janew, Rasho	Leiter Ministerbüro	<u>R Janew</u>
Fraktion SPD	Groß-Klußmann, Lars	Referent	<u>Lars Groß-Klußmann</u>
Fraktion CDU	Hardt, Doreen	Referentin	<u>Doreen Hardt</u>
Fraktion DIE LINKE	Schmidt, Sebastian	Referent	_____
Fraktion DIE LINKE	Tannhäuser, Monique	Referentin	_____
Fraktion AfD	Burgdorf, Justus	Referent	<u>online</u>
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	Mattern, Ingrid	Referent*in	<u>Ingrid Mattern</u>
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	Madjarov, Peter	Referent	_____
Fraktion FDP	Greil, Ines	Referentin	<u>Ines Greil</u>
DGB, GEW, ver.di	Hessler, Dr. Siglinde	Sachverständige	online
Landesvorsitzender dbb	Knecht, Dietmar	Sachverständiger	_____
GF Vereinigung Unternehmerverbände e.V.	Müller, Sven	Sachverständiger	_____
GF Landesfrauenrat M-V Vorstand Städte- und Gemeindetag M-V e.V.	Kajatin, Claudia	Sachverständige	online
	Wellmann, Andreas	Sachverständiger	online
IHK zu Schwerin ^{LAB} _{IHK MV}	Eisenach, Siegbert	Sachverständiger	<u>Siegbert Eisenach</u>
IHK zu Rostock	Volkman, Peter	Sachverständiger	online
<u>JM</u>	<u>MERKEL, MONICA</u>	<u>Leitende FG</u>	<u>Monika Merkel</u>
<u>IHK zu Schwerin</u>	<u>Bardt, Annemarie</u>	<u>Presse</u>	<u>Annemarie Bardt</u>
<u>StK</u>	<u>Kuhl, Dennis</u>	<u>Ref. in</u>	<u>Dennis Kuhl</u>
<u>Fraktion FDP</u>	<u>Zirwick, Konstanze</u>	<u>Ref</u>	<u>Konstanze Zirwick</u>
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____

VOR EINTRITT IN DIE TAGESORDNUNG

Vors. **Michael Noetzel**: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben Frau **Hegenkötter** die Gelegenheit, sich zu sammeln. Nein, wir warten noch fünf Minuten, weil ein Anzuhörender noch nicht da ist. Herr **Knecht** vom Beamtenbund fehlt noch. Wir wollen ihm noch vier oder fünf Minuten geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fangen jetzt einfach an und hoffen, dass der Kollege vom Beamtenbund noch kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 10. Sitzung des Rechtsausschusses und begrüße Sie alle recht herzlich. Insbesondere möchte ich die Anzuhörenden hier heute begrüßen. Die heutige Sitzung wird wieder als Hybridsitzung durchgeführt. Daher werde ich zunächst alle Teilnehmer benennen. Danach werde ich auf die Tagesordnung eingehen. Wir haben Frau **Hegenkötter** vor Ort, Herrn **Lange** vor Ort, Herr **Mucha** ist vor Ort, Herr Professor Dr. **Northoff** ist online zugeschaltet, Herr **Förster** ist vor Ort, Herr **Ehlers** ist vor Ort, ich bin auch hier, Frau **Oehlrich** ist hier und Herr **Domke** ist auch anwesend.

Da seitens der IHK zu Schwerin im Vorfeld mitgeteilt wurde, dass die Zeit für eine Teilnahme sehr knapp bemessen ist, würde ich gerne darüber kurz Einvernehmen herstellen, ob wir Herrn **Eisenach** direkt zu Beginn die Gelegenheit geben und dann entsprechend der Reihenfolge weiter verfahren. Herr **Eisenach** ist von der Arbeitsgemeinschaft der IHK's in Mecklenburg-Vorpommern der Vorsitzende und hat nachher eben noch einen Termin. Gibt es dagegen Einwände? Wenn das nicht der Fall ist, dann verfahren wir so.

Ich schlage vor, dass wir für die heutige Sitzung ein Wortprotokoll gemäß § 24 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erstellen lassen. Wenn es keinen Widerspruch gibt, dann verfahren wir auch in diesem Punkt so.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern

- Drucksache 8/404 -

Vors. **Michael Noetzel**: Ich rufe den ersten Punkt der Tagesordnung auf: öffentliche Anhörung, Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, hierzu Drucksache 8/404. Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Fraktionen Die LINKE und SPD im Rahmen seiner 17. Sitzung am 5. April 2022 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Der Ausschuss hat sich auf die Durchführung der heutigen Anhörung in der 7. Sitzung am 30. März verständigt. Ziel des Gesetzentwurfes ist es, das Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern dahingehend zu ändern, den Internationalen Frauentag am 8. März als gesetzlichen Feiertag in Mecklenburg-Vorpommern zu regeln. Die vorliegende Tischvorlage enthält eine Übersicht zu den Stellungnahmen der Sachverständigen. Diese sind an die Mitglieder des Ausschusses als Ausschussdrucksachen verteilt worden. Aus der Tischvorlage ergibt sich auch die Reihenfolge, in der ich die Sachverständigen aufrufen werde. Außer, dass wir Herrn **Eisenach** eben nach vorne holen, als Ersten. Herr **Müller** als Vertreter für Herrn **Schwarz**, das ist die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern, hat sich heute Morgen krankgemeldet. Das heißt, dadurch, dass es auch keine schriftliche Stellungnahme gibt, werden wir von der Seite also keine Stellungnahme hören können. Bevor ich nun den Sachverständigen das Wort gebe, gestatten Sie mir noch einige sitzungsleitende Anmerkungen. Es handelt sich um eine öffentliche Anhörung. Aus diesem Grund dürfen Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden. Den Zuschauern ist es allerdings nicht gestattet, Beifall oder Missfallen zu äußern. Ich bitte darum, sich entsprechend zu verhalten. Ich werde den teilnehmenden Sachverständigen nun die Gelegenheit geben mündlich Stellung zu nehmen. Ich möchte Sie bitten, sich an der zeitlichen Vorgabe von maximal 10 Minuten zu orientieren. Die haben Sie aus der Einladung. Ich schlage vor, dass wir zunächst allen Sachverständigen die Möglichkeit geben ihre Stellungnahmen abzugeben. Die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen brauchen dabei nicht verlesen werden. Diese lie-

gen, wie gesagt, den Abgeordneten vor. Sie können aber selbstverständlich Schwerpunkte setzen und weitergehende Ausführungen machen. Danach machen wir eine kleine Pause und im Anschluss werden wir in eine Fragerunde eintreten. Die Sachverständigen bitte ich, sich zu Beginn der Ausführungen kurz selbst vorzustellen. Wenn ich keinen Widerspruch höre, dann verfahren wir so. Und ich bitte zunächst Herrn **Eisenach** um die Stellungnahme, Bitteschön!

SV **Siegbert Eisenach** (Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen herzlichen Dank, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf, als Geschäftsführer oder Hauptgeschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Rostock, Neubrandenburg und Schwerin. Wir vertreten insgesamt 85 000 IHK-zugehörige Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben unsere gemeinsame Stellungnahme am 4.5. abgegeben. Ich möchte die jetzt nicht im Einzelnen vorlesen. Was ich aber möchte, ist, dass ich einige Punkte noch mal aufgreifen möchte, die da nicht enthalten sind und die möchte ich Ihnen sozusagen auch ins politische Gewissen mitgeben, ins wirtschaftspolitische Gewissen mitgeben. Also zunächst einmal ist uns vollkommen klar, dass die politischen Gegebenheiten sich daran orientieren, wie die Koalitionsvereinbarung aussieht und auch, was in den Wahlprogrammen vorab postuliert worden ist. Deshalb glauben wir, dass es den Feiertag, den 8. März, geben wird und dass sie den auch beschließen werden, hier im Hohen Hause. Aber die Frage ist, unter welchen Parametern. Und da möchten wir wirklich jetzt auch noch mal Klartext sprechen. Wir bewegen uns in einer wirtschaftspolitischen Lage, so wie Sie das seinerzeit nicht vorgefunden haben, als sie ihre Wahlprogramme verabschiedet haben und auch, als sie den Koalitionsvertrag verabschiedet haben. Da steht drin, dass der Feiertag, der Frauentag, Internationaler Frauentag, umgesetzt werden soll, und ich gehe und wir gehen davon aus, dass es also auch in dieser Legislaturperiode erfolgen wird. Aber die Rahmenbedingungen haben sich vollkommen anders entwickelt. Und da bitte ich Sie, und ich hatte auch im Vorfeld mit dem einen oder anderen der Regierungsfaktionen schon mal die Möglichkeit, das auszutauschen, da bitte ich Sie, dass Sie das in Ihren Parteien, in Ihren Fraktionen und auch noch mal gemeinsam mit den Vertretern der Landesregierung, dass sie das besprechen und erörtern, wie denn eine Verschiebung des In-Kraft-Tretens herbeigeführt werden kann. 2023 ist eine, ein In-Kraft-Treten zur Unzeit. Das will ich an dieser Stelle noch mal

ausdrücklich sagen. Erstens befinden wir uns noch weiterhin in einem, in einer pandemischen Situation, zu mindestens was die wirtschaftlichen Auswirkungen angeht, und zweitens wissen wir überhaupt noch nicht, was für weitere Krisensituationen, die jetzt schon eingetreten sind – ich denke jetzt beispielsweise an die Störung der Lieferketten, ich denke beispielsweise auch an die Sprit- und Energiepreise, die ja wirklich durch die Decke geschossen sind – und all dieses schlägt sich unmittelbar auf die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aus. Und eine verantwortungsvolle Entscheidung muss aber eben auch die Möglichkeit haben, diese Entscheidungen, die sie vorher schon mal vorab getroffen haben, zu mindestens noch mal zu hinterfragen und in Frage zu stellen und wirklich mit ihren Parteikollegen ins Gericht gehen und fragen: Ist das wirklich jetzt der richtige Zeitpunkt, die Wirtschaft zu belasten? Jetzt kommen wir zu den Kosten. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, was dort vorgelegt worden ist, ist – glaube ich – suboptimal, und das ist noch freundlich ausgedrückt. Hinsichtlich der Belastung der Wirtschaft steht nämlich nichts drin und da frage ich mich natürlich, fragen wir uns, wie kann das denn überhaupt sein, dass man einen Feiertag einführen möchte – aus politischen Erwägungen, wie ich vorhin gesagt habe – aber, dass man noch nicht mal die Kosten, und zwar die mittelbaren und unmittelbaren Kosten für die Wirtschaft und für die öffentliche Hand, darstellt. Wir gehen davon aus, dass es sich zwischen 50 und 60 Millionen an den unmittelbaren Kosten ausmachen wird. Die mittelbaren Kosten sind davon nicht betroffen. Es wird im politischen Bereich immer gesagt: Ja, wir können doch nach Berlin schauen, da gibt es schon den Internationalen Frauentag. Wir können doch nach Bayern schauen, die haben viel mehr Feiertage. Das habe ich jedenfalls immer gehört. Außerdem haben die Frauen oder die Bevölkerung, die Arbeitnehmenden haben das auch verdient. Da ist aber Bitteschön auch die Rückfrage erlaubt: Warum muss das dann die Wirtschaft zahlen? Das ist ja hier ein Versprechen zu Lasten Dritter, was hier umgesetzt wird. Die Wirtschaft soll das bezahlen, die Unternehmen sollen das bezahlen, damit man politisch einen entsprechenden Erfolg, den Erfolg dann auch darstellt. Politisch ist das verständlich. Aber da muss man sich doch auch ehrlich machen und muss sagen, die und die Kosten sind für die Wirtschaft, sind für die Gesellschaft damit verbunden. Der Blick nach Bayern und auch der Blick nach Berlin ist ein Trugschluss. Erstens wissen wir alle, wie wir hier im Raume sind, dass Berlin eben keinen Reformationstag hat. Aber das wird nicht gesagt. Wir wissen auch, dass Bayern in der Tat mehr Feiertage hat. Aber gucken Sie sich Bitteschön das Bruttosozialprodukt pro Bevölkerung an. Wir sind im unteren Bereich, Bayern ist ganz weit

oben. Wenn wir diese Situation hätten, dann könnte man das sich sicherlich auch erlauben. Und ich sage ihnen, meine Damen und Herren, dieses Gap wird dadurch nur noch verstärkt, weil eben die Lohnkosten dadurch ansteigen werden und vor allen Dingen – und das hat überhaupt noch keiner erwähnt – findet ein großes Konjunkturprogramm für die anderen Bundesländer um uns herum statt. Darüber wird aber nicht gesprochen. Dass es sich hier um ein Konjunkturprogramm für Lübeck, für Hamburg, für Brandenburg und Lüneburg – wollen wir nicht vergessen – das findet hier statt, weil viele an diesen Feiertagen dann zum Einkaufen in die anderen Bereiche fahren. Da machen wir uns doch nichts vor. Oder aber ein längeres Wochenende wird dann eben in den anderen Bundesländern durchgeführt. Das führt dazu, dass Kaufkraft abfließt. Das führt dazu, dass der Euro, der ja nur einmal ausgegeben wird, nicht in Mecklenburg-Vorpommern ausgegeben wird, sondern in den anderen Bundesländern. Aber das steht noch nicht mal ansatzweise in der Begründung drin. Diese Wahrheiten, die diskutiert man noch nicht mal, sondern man sagt: Das ist ein politisches Ziel, was hier erreicht werden soll. Die Negativauswirkungen werden so nicht dargestellt. Also meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einführung des Feiertages ist ein Konjunkturprogramm für die westlichen und südlichen Bundesländer. Die Kollegen, unter anderem, gratulieren mir schon dazu, insbesondere aus dem norddeutschen Bereich. Deshalb auch mein Appell an Sie: Wie könnte denn da eine Lösung aussehen? Ich weiß ja auch, wir sehen ja auch, in welcher Situation Sie sich befinden. Die Lösung könnte so aussehen, dass Sie zumindest mit den norddeutschen und auch mit Brandenburg, mit den Bundesländern Kontakt aufnehmen, dass Sie gemeinsam sich committen, einen Feiertag, vielleicht in 2025, gemeinsam umzusetzen. Das wäre sozusagen die kleinste gemeinsame Lösung, aber jetzt nicht zur Unzeit in 2023 oder in 2024. Und wenn, muss das ebenso, wie beim Reformationstag, müsste das eigentlich in einem größeren Kontext umgesetzt werden. Das wäre aus Ihrer Sicht heraus eine vielleicht wirtschaftspolitisch vertretbare Lösung. Und last but not least noch mal ein Hinweis: Wenn er eingeführt wird, der Feiertag, dass dann auf jeden Fall auch der LKW-Verkehr in Mecklenburg-Vorpommern zulässig sein muss, dass es dort keine Restriktionen gibt. In Brandenburg gibt es keine Restriktionen, in Berlin gibt es keine Restriktionen und so müsste das dann in Mecklenburg-Vorpommern auch umgesetzt werden. Also zum Abschluss noch mal mein, unser gemeinsamer Appell an die politischen Vertreter des Hauses: Gehen Sie noch mal mit Ihren Kollegen ins Gericht, auch mit der Landesregierung.

Überlegen Sie sich, dass die Konjunktur nicht abgewürgt wird, beziehungsweise die Entwicklungen, die wir ja jetzt gerade sehen, dass die dadurch nicht noch weiterhin erschwert werden. Wir haben im Herbst auch die Einführung des Mindestlohns und eine Verschiebung wäre eigentlich ein Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche, dass man auch die Zeitenwende, die seitens des Bundes postuliert wird, eben auch hier ganz konkret umsetzt. Und vor allen Dingen, dass Sie mit dem norddeutschen Kollegen...

Vors. **Michael Noetzel**: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

SV **Siegbert Eisenach**: Sehr gerne. ... und dass Sie mit den norddeutschen Kollegen eine einheitliche Lösung herbeiführen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. **Michael Noetzel**: Vielen Dank Herr **Eisenach**. Dann bitte ich Frau Dr. **Hessler** um ihre Stellungnahme. Frau Dr. **Hessler**, Sie sind nicht zu hören, zumindest bei uns nicht! Herr **Northoff**, können Sie mal bitte was sagen. Hören Sie Frau **Hessler**?

Abg. **Prof. Dr. Robert Northoff**: Nein, ich höre sie im Moment auch nicht.

Vors. **Michael Noetzel**: Okay, aber wir hören Herrn Prof. Dr. **Northoff**. Also, Frau **Hessler** liegt es dann eher an Ihnen als an uns. Nein, wir hören Sie nicht. Vielleicht können Sie versuchen, das noch irgendwie zu lösen und wir versuchen dann erstmal, mit Frau **Kajatin** weiterzumachen. Frau **Kajatin** wäre das in Ordnung? Dann würde ich Sie um Ihre...

SV **Claudia Kajatin** (Geschäftsführerin des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e.V.): Ja.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, wir hören Sie auch. Dann bitte ich Sie um Ihre Stellungnahme.

SV **Claudia Kajatin**: Wunderbar. Vielen Dank. Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Rechtsausschusses, vielen Dank, dass wir als Landesfrauenrat mit unseren 50 Mitgliedsverbänden, die sich in Gleichstellungspolitik engagieren, heute hier Stellung nehmen können. Lassen Sie mich im Folgenden drei Argument herausgreifen, die weiteren Ausführungen finden Sie in der Stellungnahme. Erstens: Der effektivste

Weg etwas zu tun, ist es zu tun, sagte einst die Pilotin Amelia Earhart. Und den Internationalen Frauentag zum Feiertag zu erklären, das heißt aus unserer Sicht etwas zu tun, nämlich zu zeigen, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein wichtiger demokratischer Wert ist. Und das ist unser Fokus, der uns gerade wichtig ist, dieses Zusammenspiel von Gleichstellung und Demokratie. Und er würde damit gewürdigt werden. Und es ist das eine, dass damit auch rückblickend dieser Feiertag diese Würdigung des Erreichten zeigen würde, aber gleichzeitig auch er ja heute für uns noch ein ganz wichtiger Aktionstag ist, weil er wie ein Brennglas funktioniert, wo Themen gebündelt werden, wo heute noch Ungleichheiten bestehen. Positiv ist, dass im Koalitionsvertrag die Erklärung, den Frauentag zum Feiertag zu erklären, mit weiteren Maßnahmen korrespondiert, wie zum Beispiel das im Ressort übergreifende gleichstellungspolitische Rahmenprogramm, was wir sehr befürworten, auch die Maßnahmen zu besserer Vereinbarkeit, das ist ja ein Thema, was Frauen und Männern mit Sorgeaufgaben hier im Land umtreibt. Davon betroffen sind zum anderen die Themen: die Weiterentwicklung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, wo es um den Schutz vor Gewalt von Frauen und Mädchen geht, Mentoring für Frauen in Führungspositionen, aber auch die avisierten Prüfverfahren und Instrumente für Unternehmen zur Ermittlung von Entgeltgleichheiten. Also das, im Zusammenspiel mit dem Internationalen Frauentag als Bündel, finden wir sehr gut. Ich komme zu meinem zweiten Punkt: „Ich habe nichts gegen Frauen, du Schlampe“, so hat Sarah Bosetti ihr Buch mit einem Zitat aus einem Hasskommentar, der ihr zugegangen ist, überschrieben. Und das ist etwas, was wir als Gleichstellungsorganisation und auch die Frauen in unserem Land zunehmend feststellen, dass es nicht nur demokratiefeindliche Tendenzen gibt, sondern, dass der Hass gegen Frauen, die Hetze und auch Gewalt, insbesondere im Netz, zugenommen hat. Und wir im Landesfrauenrat, was die Kommentare betrifft, wissen da auch ein Lied davon zu singen. Geschlechtergerechtigkeit ist ein hoher Wert, das hatte ich eingangs schon gesagt, und den gilt es auch in der Gesellschaft zu gestalten. Und wir alle müssen ja für unsere demokratischen Werte einstehen. Und Demokratie geht nicht ohne Gleichstellung von Frauen und Männern und Gleichstellung nicht ohne Demokratie. Beides ist ja in einander verwoben. Von daher wäre ein Feiertag eine wichtige Ausdrucksform, nicht nur unserer Geschichte, unserer Kultur und auch unserer Werte, sondern auch, das mit diesem Feiertag deutlich zu machen. Es wäre doch schön, wenn unsere Kinder vielleicht nicht nur vor den Ostertagen oder zum Reformationstag die Eltern oder Lehrer:innen fragen, warum dieser Tag eigentlich ein Feiertag ist,

warum der begangen wird, sondern auch der 8. März und wir Ihnen erklären können, was es mit dem 8. März und seiner Bedeutung auf sich hat. So kann - kurz gesagt - Demokratiebildung am Abendbrottisch aussehen. Ich komme zu meinem dritten Punkt: „In Maßen gefeiert, stört das den Wohlstand in geringerem Maß - Ausmaß, als man zunächst vermuten würde.“ Das ist ein Zitat aus der Untersuchung, die Sie sicherlich auch alle kennen, von Hansen und Meyer vom Ifo Institut, wo mal die Kosten berechnet wurden, die ein zusätzlicher Feiertag bringen würde. Und da ist auch festgestellt worden, dass die Kosten sich schwer schätzen lassen und dass es ein sehr komplexes System ist und je nach Wirtschaftssektor, Branche und Jahreszeiten, die Auswirkungen unterschiedlich sind auf die Kostenberechnung. Betriebswirtschaftlich fallen in der Regel die meisten Kosten, wie die Lohnkosten, die Feiertagszuschläge und der Arbeitgebendenanteil an. Unstrittig ist sicherlich, dass man auch in Betracht ziehen muss, dass durch einen zusätzlichen Feiertag Wohlfahrtsgewinne erzeugt werden, denn die kollektive Unterbrechung einer intensiv genutzten Arbeitszeit dient unter anderem der Erholung, der Regeneration, der Gesunderhaltung und auch als Kit für sozialen Zusammenhalt und soziale Interaktion. Unstrittig ist auch, dass in Mecklenburg-Vorpommern die niedrigsten Löhne bezahlt werden, die wöchentliche Arbeitszeit höher ist als der Bundesdurchschnitt und Arbeitnehmer:innen in dem Durchschnitt 55 Stunden pro Jahr länger arbeiten. Ein positiver Effekt wäre für die Freizeitindustrie und für den Tourismus zu erwarten. Von daher ist es ein komplexes Zusammenspiel und Herr **Eisenach** sagte, das wäre ein Konjunkturprogramm für andere Bundesländer. Da muss man wirklich genau noch mal in die Berechnung gucken, sich die Branchen angucken und die Effekte, die es nicht nur sozioökonomisch und gesellschaftlich hat, was zum Beispiel Gesunderhaltung und andere Themen betraf, die ich gerade angesprochen habe, dass man das sehr genau sich anschauen muss, um zu sehen, wie die Kosten in diesem Fall wären. Und die 55 Millionen, die in den Zeitungen auch zu lesen waren, die konnte ich aus den Berechnungen nicht herleiten. Ich möchte abschließend noch feststellen zu diesem Punkt, dass auch das Ifo Institut von Aufholeffekten spricht, die durch Feiertage erfolgen. Also, dass auch auf lange Sicht – kann man das zusammenfassen – die Schwankungen im Bruttoinlandsprodukt – so sagen Ökonomen – sich auf lange Sicht kompensieren. Ein gesetzlicher Feiertag – und damit komme ich zum Schluss – für Geschlechtergerechtigkeit, für Frauen und auch für Männer, könnte einen wichtigen Akzent für ein politisches Anliegen und ein gesellschaftspolitisches und demokratisches Anliegen sein, das uns alle angeht. Vielen Dank.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, vielen Dank Frau **Kajatin**. Wir versuchen es noch mal mit Frau Dr. **Hessler**. Frau Dr. **Hessler**, versuchen Sie mal zu sprechen. Wir verstehen Sie nicht. Nein.

Abg. Prof. Dr. **Robert Northoff**: Bei mir auch nicht.

Vors. **Michael Noetzel**: Also auch online sind Sie nicht zu verstehen. Manchmal ist das so, aber... nein, wir verstehen Sie leider nicht. Also wenn Sie keine Möglichkeit haben, das irgendwie einzustellen, umzustellen... Ein paar Minuten sitzen wir ja noch, also ich ja... Von hier aus ist es auch schwer zu sagen, woran es liegt. Aber ich denke mal, wie gesagt, es ist eher nicht bei uns, da wir alle anderen, die online zugeschaltet sind, verstehen. Dann machen wir erst mal weiter und ich bitte Herrn **Volkmann** um die Stellungnahme.

SV **Peter Volkmann** (Leiter eines Geschäftsbereiches der Industrie- und Handelskammer zu Rostock): So jetzt hoffe ich, dass ich zu hören bin.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, sie sind sehr gut zu hören. Bitteschön.

SV **Peter Volkmann**: Wunderbar. Ja, sehr geehrter Vorsitzender, vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme, dass auch die IHK Rostock sozusagen noch mal ein Meinungsbild ergänzend dazu abgeben darf, was Kollege **Eisenach** für die Landesarbeitsgemeinschaft grade eben schon ausgeführt hat. Ich würde vielleicht den einen oder anderen Punkt, den **Siegbert Eisenach** angesprochen hatte, noch mal ein bisschen weiter untersetzen und verstärken. Richtig ist in der Tat, alle um uns herumliegenden Bundesländer, so auch Berlin, haben derzeit nur zehn gesetzliche Feiertage. Ich glaube das sollte man in der Tat, **Siegbert Eisenach** hatte sozusagen den landesweiten Wettbewerb, auch Länderranking, quasi angesprochen, sollte man dort im Blick behalten. Die Frage in der Tat ist: Welche wirtschaftlichen Auswirkungen zeigen sich? Und ich bin insofern bei Frau **Kajatin**, dass man das in der Tat berechnen sollte, weil die Kostenschätzung im Entwurf, die ist ja bestenfalls als vage zu bezeichnen. **Siegbert Eisenach** hatte da deutlichere Worte gefunden. Also in der Tat, ich glaube schon, es lässt sich näherungsweise berechnen und

untersetzen. Und das sollte im Zweifel auch geschehen. Wichtig ist natürlich, die Auswirkungen sind je nach Wirtschaftssektor, je nach Branche unterschiedlich. Es kommt natürlich auf die kalendarische Lage an. Und wichtig ist natürlich, wir reden hier über – ich will jetzt nicht sagen – einen beweglichen Feiertag, aber einen Feiertag, der sozusagen auch im Regelfalle auf einen Werktag fallen und dadurch selten auf ein Wochenende oder auf einen Sonntag fallen wird. Insofern, Frau **Kajatin** hat es gesagt, Gast-, Hotel- und Tourismuswirtschaft und damit verbundene Wirtschaftsbereiche – da gehen wir auch von aus – können von einem zusätzlichen Feiertag in der Tat profitieren. Aber man muss auch eben sagen, wenn man andere Studien sich anschaut, Ifo wurde eben schon zitiert, deutlich negative Auswirkungen sind insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im Großhandel, im KFZ-Handel und auch für den Güterverkehr, für den gewerblichen Güterverkehr zu erwarten. Natürlich muss man auch sagen, auch der Einzelhandel wird betroffen sein, weil bei dem hängt sozusagen der Umsatz davon ab, wie viele verkaufsoffene Tage es gibt. Zu den 55 Millionen die behandelt worden sind – und Frau **Kajatin** sagte ja, sie könnte sie nicht herleiten – also auch ich habe die Ifo gelesen und Ifo geht, gestützt auf Modellierungen und Berechnungen der Bundesbank, davon aus, dass ein zusätzlicher Feiertag etwa 0,12 Prozent reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts kosten wird. Ifo hat das ganze berechnet im Kontext mit der Einführung des Reformationstages, zum Beispiel in Schleswig-Holstein, Hamburg, wie auch immer, hat aber in der Studie aus dem Jahr 2018 in der Tat diese 0,12 % durchgängig für die Jahre 2018 bis 2022, sozusagen die Schätzung, angenommen. Das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern hat kürzlich sozusagen aktuelle Daten veröffentlicht. Das Bruttoinlandsprodukt in Mecklenburg-Vorpommern ist real um 1,7 % gestiegen von 2020 auf 2021. Es hat einen absoluten Wert von 49,5 Milliarden round about. Wenn ich da sozusagen die 1,7 % rechne, hieße es für mich, dass wir im Jahr 2020 ein Bruttoinlandsprodukt von etwa 48,6 Milliarden hatten. Wenn ich jetzt sozusagen nicht mit 1,7% rechne, sondern nur mit 1,58 %, dann kommt bei mir sozusagen näherungsweise gesamtwirtschaftliche Kosten in Höhe von 58,5 Millionen Euro raus. Das ist an der Stelle eine simple Arithmetik. Wie gesagt, man mag die Annahme für Mecklenburg-Vorpommern 0,12 % teilen oder auch nicht, aber ich glaube, das ist näherungsweise allemal besser als das, was sozusagen in der Gesetzesvorlage kostenseitig geschätzt worden ist. **Siegbert Eisenach** hatte zu Recht sozusagen auf das wirtschaftliche Umfeld hingewiesen, in dem wir uns bewegen. In der Tat Corona und die

Folgewirkungen sind auch mittelfristig für weite Teile der Bevölkerung nicht ausgestanden. Rohstoffpreise, Energiepreise, Preise für Vorprodukte sind seit Mitte letzten Jahres dramatisch gestiegen. Und am aktuellem Rand muss man auch sagen, durch den russischen Krieg gegen die Ukraine sehen wir einfach, dass die Wirtschaft hier in der Breite getroffen worden ist und die Kostensteigerungen auch nochmal erheblich zugenommen haben. **Siegbert Eisenach** hatte auch auf die sozusagen wirtschaftlichen Unterschiede in Bundesländern hingewiesen. Wichtig ist in der Tat, wenn man sich die volkswirtschaftlichen Daten anschaut, ist Mecklenburg-Vorpommern leider bei vielen Parametern, also Bruttoinlandsprodukt absolut, Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem und auch Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, auf den unteren Plätzen im Bundesländervergleich. Insofern spricht in der Tat vieles dafür, dass weitere Kostenbelastungen hier für die Wirtschaft auch weiteres Wachstum kosten könnten. In der Tat muss man sagen, wenn man sich die Folgekosten für die Wirtschaft zumindest in den Blick nimmt, dann bin ich bei **Siegbert Eisenach**, dass zumindest zum jetzigem Zeitpunkt oder auf mittlere Sicht, die Einführung eines weiteren Feiertages in Mecklenburg-Vorpommern eher kritisch zu sehen ist aus Sicht der Wirtschaft. Und sollte er gleichwohl eingeführt werden, stellt sich dann natürlich die Frage, und ich glaube, die müssen Landtag und die Landesregierung beantworten: Welche, sozusagen, kompensatorischen Maßnahmen könnten durch den Landtag und auch durch die Landesregierung auf den Weg gebracht werden, um eine entsprechende Kostenentlastung für die Wirtschaft zu erreichen? Ich würde hier mal sagen, man könnte sich hier auf eine „one in-one out-Regel“ berufen, wie ja quasi auch für Gesetzesvorhaben auch im Koalitionsvertrag entsprechend drinsteht. Zu guter Letzt kann ich noch sagen, ich habe es leider nicht geschafft meine Stellungnahme vorzeitig abzugeben. Ich habe sie heute Morgen per E-Mail übermittelt und kann nur bitten, sie dann zu Protokoll zu geben, und sage bis hierhin vielen Dank.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, vielen Dank, das werden wir dann auch so machen. Ja, nach Herrn **Volkman** habe ich Herrn **Wellmann** auf dem Zettel. Allerdings hat Herr **Wellmann** mitgeteilt, dass er es nicht schafft, sich online einzuloggen und eine schriftliche Stellungnahme nachreicht, obwohl wir eigentlich schon eine haben. Vom Städte- und Gemeindebund ist er glaube ich, ne – ja, und dann hat er noch mitteilen lassen, dass er nichts weiter beizutragen hat. Also, ich gehe mal davon aus, außer der Stellungnahme, die wir bereits

haben. Ja, dann sind wir tatsächlich wieder bei Frau Dr. **Hessler** und würden vielleicht noch mal einen neuen Versuch starten.

SV Dr. **Siglinde Hessler** (Abteilungsleiterin DGB Nord, zugleich Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft): Ich versuche es noch mal.

Vors. **Michael Noetzel**: Super! Sie sind zu hören. Sehr gut!

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Super! Und zu sehen hoffe ich auch.

Vors. **Michael Noetzel**: Jetzt sind sie auch zu sehen. Also sehr schön. Schön, dass es geklappt hat, Frau Dr. **Hessler**, ich bitte um Ihre Stellungnahme.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Ja, wunderbar. Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, vielen herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen, auch noch mal mündlich. Unsere schriftliche Stellungnahme haben wir als DGB Nord ja schon eingereicht, gemeinsam mit ver.di Nord und der GEW. Entschuldigung, ich muss mich einmal kurz sammeln. Ich musste jetzt hier in dieser Technik, das macht ja einen doch immer nervös.

Vors. **Michael Noetzel**: Nehmen Sie sich die Zeit. Wir sind gut in der Zeit.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Leider habe ich jetzt auch nicht alles so verfolgen können, aber ein paar Sachen habe ich dann jetzt doch gehört, und darauf möchte ich jetzt auch kurz dann Bezug nehmen in meiner mündlichen Stellungnahme. Vorweg, also wir begrüßten das Gesetzesvorhaben sehr. Wir sind sehr dafür, dass der 8. März ein Feiertag wird. Das ist ja auch schon ein von uns lang gehegter Wunsch und natürlich auch von der Frauenbewegung weltweit und auch in Deutschland. Insofern möchte ich gleich vorweg dafür plädieren, dass wir keine Verschiebung hier mehr vornehmen, denn es ist ja tatsächlich nichts Neues, sondern ein doch langer Kampf, der hier schon geführt wird. Der Kampf der Frauenbewegung ist natürlich kein neuer und wir haben viele Erfolge erreicht, aber auch noch längst nicht alle. Ganz kurz, ich möchte heute, in den wenigen Minuten, hoffe ich,

kurz eingehen auf die gesellschaftspolitische Bedeutung des 8. März, auf die Bedeutung des Feiertages aus Beschäftigtensicht und auch noch einmal auf die arbeitsmarktpolitische und wirtschaftspolitische Sicht, die ja hier auch schon mehrfach angesprochen worden ist. Wie ich eben schon sagte, also gesellschaftspolitisch ist es aus unserer Sicht, hat dieser Feiertag eine immense Bedeutung. Es ist wirklich kein neuer Tag. 1909 wurde der erste Frauentag in den USA begangen, 1911 in Deutschland und 1975 haben die Vereinten Nationen den Tag zum Internationalen Frauentag erklärt. Insofern denken wir, dass es im Jahr 2022 doch an der Zeit ist, dann dahin zu kommen, dass wir jetzt auch tatsächlich ganz konkret über die Einführung eines Frauentages als Feiertag in Deutschland reden und in Mecklenburg-Vorpommern. Insofern ist es nichts, was wir jetzt noch weiter auf die lange Bank schieben sollten, aus unserer Sicht. Wir sind natürlich weiter als 1909 und auch 1911, als es damals noch um das, vor allem um das Frauenwahlrecht ging, hier bei uns in Deutschland. Da sind wir zum Glück sehr viel weiter inzwischen. Aber wir erleben eben immer noch – leider – eine Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt, in vielen Bereichen. Wir erleben, dass vor allen Dingen Frauen Opfer häuslicher Gewalt werden, nicht nur häuslicher Gewalt, sondern leider auch systematisch angewandter Gewalt, struktureller Gewalt. Das erleben wir ganz dramatisch heute wieder. Ich möchte ganz kurz an den Ukraine Krieg, an den schrecklichen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erinnern, wo wir auch von schrecklichen Taten, natürlich gegenüber der ganzen Zivilbevölkerung hören, aber eben auch gegenüber Frauen. So dass leider wir heute immer noch an dem Punkt sind, dass die Rechte von Frauen und die Unverletzlichkeit von Frauen ist leider nicht gewährleistet, sodass hier immer noch eine dramatische Situation besteht, an der wir als Gesellschaft etwas verändern müssen. Wir sehen aber auch, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Das sind nun auch alles keine neuen Phänomene und leider ändert sich hier auch viel zu langsam etwas. Wir sehen, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, dass Frauen in frauendominierten Berufen deutlich schlechter bezahlt werden, als in männerdominierten Branchen, so dass Frauen insgesamt deutlich weniger verdienen als Männer, dementsprechend natürlich deutlich weniger Renten haben und ein sehr viel höheres Armutsrisiko als Männer haben. Insofern denke ich, dass der 8. März doch deutlich machen könnte, wenn wir hier einen Feiertag haben, dass uns diese Themen als gesamte Gesellschaft, nicht nur für die Frauen, sondern als gesamte Gesellschaft, eben nicht egal sind, sondern wir diese Frauenrechte hier stärken möchten und wir alle dafür einstehen, für die Gleichberechtigung

von Männern und Frauen. Auf den Aspekt der Demokratie wurde hier auch schon hingewiesen. Insofern ist das ein ganz starkes demokratiebildendes Element, das uns allen, Männern wie Frauen, wichtig sein sollte und wir hier diese Bedeutung tatsächlich mit einem Feiertag stärken sollten, der dazu dienen kann, diese angesprochenen Themen auch noch mal stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.

Aus Beschäftigtensicht geht es schon auch ganz klar um Gerechtigkeit. Es wurde angesprochen, dass es hier eine extreme Ungleichheit gibt zwischen den Bundesländern. Das ist keine Nichtigkeit, sondern das ist ja tatsächlich für die Menschen, denen fehlt ein Tag. Wenn wir in Bayern 13 Feiertage haben, in Mecklenburg-Vorpommern zehn, dann ist das ein gewaltiger Unterschied, in Augsburg sogar 14. Und das ist ja nicht nachzuvollziehen. Das ist tatsächlich für Beschäftigte, also ich weiß nicht, wie wir denen das erklären wollen, das ist nicht nachzuvollziehen und tatsächlich schwierig. Ich möchte hier auf den Aspekt hinweisen, nun wurde gesagt, die Corona-Krise hat so viele Folgen für die Arbeitgeber, aber für die Beschäftigten auch und zwar nicht minder, sondern tatsächlich vielfach mehr. Beschäftigte waren in Kurzarbeit, konnten nicht in ihre Jobs zurückgehen. Das heißt, wir haben hier eine riesige Belastung auch aus der Beschäftigtensicht, sodass wir jedoch ganz klar sagen müssen, es geht jetzt auch darum, die Beschäftigten zu entlasten. Also diese Belastungen sind beidseitig und hier geht es aus unserer Sicht sehr stark darum, den Beschäftigten auch ein Signal zu senden und zu sagen: Eure Belange sind uns wichtig, eure Interessen. Dementsprechend müssen wir hier dann eben auch aktiv werden. Das ist übrigens auch wichtig zur Gewinnung von Fachkräften. Das Thema Fachkräfte ist grade in Mecklenburg-Vorpommern ja immer wieder ein wahnsinnig wichtiges. Die Frage: Wie ist das Land attraktiv für Beschäftigte? Da kann natürlich auch ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag hier entsprechend wirken. Darauf möchte ich noch einmal hinweisen. Das heißt also, auch aus arbeitsmarktpolitischer und aus wirtschaftspolitischer Sicht, ist es aus unserer Sicht nicht so. Über die Kosten kann man streiten, da wurden jetzt auch schon an mehreren Stellen Argumente hin und her gewälzt. Das will ich jetzt gar nicht unbedingt noch einmal machen, sondern ich möchte sagen: Es geht darum, die Beschäftigten zu entlasten. Wir wissen, dass die Belastungen auf dem Arbeitsmarkt in der alltäglichen Arbeitswelt zunehmen, nicht abnehmen, sondern zunehmen, durch Digitalisierung, durch einen erhöhten Arbeitsdruck. Das erleben wir alltagsmäßig. Damit sind wir konfrontiert mit diesen Belastungen. Hier müssen wir jeden Tag dagegenwirken. Wir müssen

Entlastung schaffen und ein gesetzlicher Feiertag könnte eben hier eine Entlastung schaffen und könnte dazu dienen, den Menschen, den Beschäftigten das Signal zu geben, dass Mecklenburg-Vorpommern die Sicht der Beschäftigten wichtig ist und das Wohlergehen der Beschäftigten auch. Das sollte auch die Arbeitgeber interessieren an dieser Stelle, denn sie möchten ja produktive Beschäftigte haben, die gerne zur Arbeit kommen. Insofern hat sich hier gezeigt, aus verschiedenen Untersuchungen, bundesweiten Erhebungen und so weiter, dass es eben nicht dazu führt, dass die Produktivität sinkt. Das Beispiel Bayern wurde ja schon genannt mit 13 Feiertagen. Das Bruttosozialprodukt ist eins der höchsten im bundesweiten Vergleich. Das kann man nun so oder so bewerten. Man kann aber eben auch sagen: Das ist doch wunderbar! Also die Anzahl der Feiertage scheint ja nicht dazu zu führen, dass die Produktivität sinkt, sondern im Gegenteil, möglicherweise steigert das die Produktivität der einzelnen Beschäftigten. Wir wissen, wie wichtig Erholungszeiten sind. Wir können das Argument, ich weiß nicht, ob das eben schon gefallen ist oder ob ich es verpasst habe aufgrund der technischen Schwierigkeiten, ich möchte es aber noch einmal anführen, dass natürlich auch ein zusätzlicher Feiertag auch zusätzliche Einnahmen für Mecklenburg-Vorpommern generiert. Als Tourismusland schafft ein zusätzlicher Feiertag auch zusätzliche Urlaubstage und die Möglichkeit, in dem wunderschönen Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern Urlaub zu machen. Auch diesen Aspekt möchte ich noch einmal erwähnen. So jetzt möchte ich auch schon zum Abschluss kommen. Ich hoffe, ich habe mich kurzgefasst. Das heißt, aus unserer Sicht überwiegen ganz klar die Vorteile. Ich möchte aber nochmal – also aus Beschäftigtensicht, diese Argumente sind hoffentlich auch deutlich geworden – ich möchte aber wirklich abheben auf die gesellschaftspolitische Bedeutung und auf die Dringlichkeit und möchte noch einmal dem Plädoyer von Herrn **Eisenach** entgegenwirkend sagen: Es kann nicht sein, dass man jetzt wieder sagt: Liebe Beschäftigte, haltet noch ein bisschen inne, es ist nun mal alles so schwierig. Nein! Gerade die Beschäftigten zahlen die Zeche der Krise. Es ist nicht so, dass die Beschäftigten dasitzen und sagen, es ist alles ganz wunderbar. Nein! Wir haben steigende Energiepreise und so weiter und so fort. Es wird ständig verlangt: schnallt den Gürtel enger. Das kann nicht sein, dass das jetzt dann als Argument benutzt wird, die Krise benutzt wird, um zu sagen, wir brauchen oder wir müssen den gesetzlichen Feiertag verschieben. Das halte ich für nicht den richtigen Weg. Und hier möchte ich dafür plädieren, dass die Landesregierung und die Fraktionen, die den Antrag eingebracht haben oder den Gesetzentwurf vorgelegt haben, bei ihrer Linie bleiben und deutlich machen, dass

dieser 8. März eine extrem hohe Bedeutung hat für die Frauen in Mecklenburg-Vorpommern, aber nicht nur, sondern für die gesamte Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere auch für die Beschäftigten. Vielen Dank.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, Frau Dr. **Hessler**, vielen Dank. Das war eine Punktlandung. Eigentlich haben wir uns verständigt, eine kleine Pause zu machen, weil nach meinem Zettel jetzt alle Sachverständigen angehört worden sind. Oder habe ich noch jemanden vergessen? Dann frage ich einmal in die Runde, ob jemand eine Pause benötigt. Wenn das nämlich nicht der Fall ist, dann würde ich gleich in die Fragerunde gehen und Frage in die Runde, ob es Fragen vonseiten der Abgeordneten gibt. Herr **Ehlers**, bitte.

Abg. **Sebastian Ehlers**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde mal anknüpfen an den letzten Redebeitrag von Frau **Hessler**, der natürlich auch sehr pointiert war, die Anmerkung sei mir gestattet. Sie haben das Thema Benachteiligung am Arbeitsmarkt angesprochen. Können Sie das bitte noch mal erläutern, was genau dann der Feiertag dazu beitragen wird, um dieser Ungleichbehandlung, Stichwort Teilzeit etc., der quasi entgegenzuwirken?

Vors. **Michael Noetzel**: Frau Dr. **Hessler**, bitte.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Ja, danke. Da kann der Feiertag natürlich nicht in dem Sinne wirken, als dass er jetzt die Teilzeitbeschäftigung von Frauen reduziert. Da ging es mir um die gesellschaftspolitische Bedeutung und um klarzumachen, dass das eben kein Randthema ist, als das es ja manchmal noch behandelt wird, also die Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft und eben auch auf dem Arbeitsmarkt. Es geht darum, dieses Thema immer wieder nach vorne zu bringen und immer wieder deutlich zu machen: Es betrifft eben als Frauen 50 Prozent unserer Bevölkerung, round about. Das heißt, es ist ja kein kleiner Teil, sondern es geht um strukturelle Diskriminierung und hier dem entgegenzuwirken. Hier kann natürlich ein Feiertag einfach deutlich machen, dass die Landesregierung hier da klar den Fokus darauflegt und sagt, es ist ein Thema, das uns alle angeht, eben auch nicht nur Frauen, sondern auch Männer. Auch Männer haben ja auch immer stärker den Wunsch, auch anders zu arbeiten, mehr Zeit beispielsweise mit

der Familie zu verbringen. Das ist ja eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Ein Feiertag ist ja auch nicht nur da, um Symbolpolitik zu betreiben und zu sagen, da erinnern wir uns alle mal, sondern es geht natürlich auch darum, diesen Tag zu füllen oder eine rote Rose zu überreichen, sondern man sollte den Tag natürlich auch nutzen, um gesellschaftliche Debatten anzustoßen und zu führen. Das betrifft, glaube ich, alle Feiertage, die einen politischen oder historischen Charakter haben, dass es nicht nur darum geht, dass man einen Tag frei hat, sondern auch das Thema noch einmal in die Öffentlichkeit zu tragen und die Bedeutung darzustellen. Das möchte ich an diesem Punkt noch mal sagen. Ich hoffe, dass Ihnen das jetzt als Antwort genügt.

Vors. **Michael Noetzel**: Vielen Dank, Frau Dr. **Hessler**. Dann Herr **Domke**.

Abg. **René Domke**: Ja, ich habe gleich mehrere Fragen oder Hinweise auf einmal. Vielen Dank an Herrn **Volkman**, der glaube ich, als einziger sich die Mühe gemacht hat, die sich eigentlich hätte die Landesregierung oder vielleicht auch die Koalitionsfraktionen machen hätten können, dass wirklich mal ausgerechnet wurde, wie die wirtschaftliche Belastung aussehen könnte. Und da braucht man nicht mehr als einen Taschenrechner. Ich finde es tatsächlich sehr, sehr merkwürdig, dass auch im Wirtschaftsausschuss, als die Anhörung stattgefunden hat, zu den wirtschaftlichen Auswirkungen einfach nur lapidar vom Wirtschaftsminister kam: Dazu wird er nichts sagen. Es ist beschämend. So geht man auch mit dem Landtag nicht um. Letzten Endes müssen wir eine folgenschwere Entscheidung treffen und ich hätte zumindest erwartet, ähnlich wie es in der Stellungnahme von Herrn **Wellmann** rausgekommen ist, der sich wenigstens die Mühe gemacht hat, darauf hinzuweisen, dass es natürlich auch für die öffentliche Hand, für die Verwaltung der Kommunen, aber eben auch des Landes natürlich Auswirkungen haben wird. Denn die Arbeit muss ja trotzdem gemacht werden und ich weiß nicht, ob der Druck eines zusätzlichen Feiertages nicht sogar dazu führt, dass die Arbeit an den anderen Arbeitstagen ja nachzuholen ist. Es wird dadurch nicht mehr Personal eingestellt. Wir sind hier mitten in der Haushaltsberatung mit den Stellenplänen und dann werden wir sehen, ob das da berücksichtigt ist, dass diese Mehrarbeit kompensiert wird. Das wird sie nämlich nicht. Dadurch wird der Druck, auch auf die Frauen, größer, weil dieser Tag herausgearbeitet werden muss, denn die Arbeit ist ja da. Es ist ja nicht so, dass nicht genug Arbeit vorhanden wäre. Dann würden wir nämlich eine andere Diskussion führen. Ich würde gerne noch

auf drei Argumente eingehen. Ich erkenne durchaus an, alles, was sie leisten in diesem Bereich der Gleichstellung, also das darf hier bitte jetzt nicht in Abrede gestellt werden.

Vors. **Michael Noetzel**: Herr **Domke**, ganz kurz, wenn Sie Fragen haben, würde ich Sie bitten, Fragen zu stellen. Wir werten die Anhörung noch aus und dann können Sie natürlich da Stellungnahmen zu abgeben. Deswegen wäre es mir lieb, wenn Sie Fragen stellen. Alles andere machen wir dann in der Auswertung. Das wäre nett.

Abg. **René Domke**: Das mache ich, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Ich wollte nur zur Einführung sagen, dass man das bitte nicht falsch versteht. Ich möchte mich schon noch an Frau Dr. **Hessler** wenden. Zum Beispiel wäre meine Vorstellung, wenn man wirklich was für den Bereich Gleichstellung schaffen könnte, wäre das nicht eine Überlegung wert, die Mittel, die jetzt ausrechenbar sind, dass man sie nicht direkt in die Frauenförderung umleiten könnte? Das wäre etwas, wo ich sagen würde: Da könnte ich gut mit leben. Bei allem anderen hätte ich einen Vermischungseffekt, weil es nicht wirklich dazu führt, dass sich tatsächlich etwas ändern wird, außer dass wir uns vielleicht an dem Tag noch mal alles bewusster machen. Ansonsten geht es ja um den Alltag. Könnte man Mittel, die jetzt sozusagen aufzuwenden wären, nicht direkt in die Förderung geben? Das nächste ist, Sie haben argumentiert, dass Bayern trotz der vielen Feiertage erfolgreich ist oder vielleicht sogar deswegen. Habe ich es richtig rausgehört, nach dem Motto: Wenn wir erfolgreich sein wollen wie die Bayern, bräuchten wir nur noch drei zusätzliche Feiertage? Ich bringe es jetzt mal auf die Spitze. Auch die Argumentation, dass durch einen weiteren Feiertag in M-V, wir mehr Kaufkraft beziehungsweise mehr Touristen ins Land holen können, da erkenne ich im Moment noch keinen Effekt, da bis auf Berlin die anderen an dem Tag eben nicht frei haben. Also sie müssten ja tatsächlich einen echten Urlaubstag dafür nehmen, um sich bei uns aufzuhalten. Sehen Sie nicht eher die Gefahr, ich soll es ja als Frage formulieren, sehen Sie nicht eher die Gefahr, die Herr **Eisenach** beschrieben hat, dass an diesem Feiertag die Leute zum Konsumieren dann in die benachbarten Bundesländer fahren und dann das zum Shoppingtag machen? Auch das kann natürlich ein familienfördernder Effekt sein, aber letzten Endes wird es vielleicht nicht der Sache gerecht, die wir vielleicht vor Augen hatten. Dankeschön.

Vors. **Michael Noetzel**: Möchte jemand darauf antworten? Ja, Frau Dr. **Hessler**, bitte.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Ja, danke. Ich fühle mich jetzt angesprochen, deswegen würde ich da noch einmal kurz was dazu sagen, also zu Herrn **Domke**. Vielen Dank für Ihre Fragen und Anmerkungen. Ich beginne mit dem letzten Punkt. Zum einen hoffen wir natürlich, dass der 8. März nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern ein Feiertag wird, sondern auch in den angrenzenden Bundesländern. Natürlich werden auch die Bürgerinnen und Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern diesen Tag sicherlich nutzen, vielleicht als verlängertes Wochenende, ein Brückentag, wie auch immer dieser Tag dann eben liegt, diesen Tag dann auch zu nutzen, um dann möglicherweise nicht zum Shoppen nach Hamburg oder Lübeck zu fahren, sondern eben auch an die schöne Ostsee oder an die Seenplatte, um dort dann Urlaub zu machen oder diesen Tag zu genießen und für sich als Familie zu nutzen oder wie auch immer sie diesen Tag nutzen möchten. Dass Bayern mehr Feiertage hat, man hört ja immer dieses Argument, es schmälert die Produktivität und das zeigt eben, dass das eben nicht der Fall ist. Ich glaube, das ist schwierig zu belegen und auszurechnen, aber man kann das Argument andersherum auch nicht verwenden. Das ist im Grunde der Kern meiner Aussage. Ich möchte nicht sagen, dass aufgrund des Feiertags Bayern eine höhere Produktivität hat oder wirtschaftlichen Erfolg hat. Das wird sicherlich wissenschaftlichen Kriterien nicht gerecht. Aber wir können eben auch nicht sagen: Dann wird Mecklenburg-Vorpommern noch weiter abgehängt, wenn jetzt auch noch ein weiterer Feiertag kommt. Das zeigen andere Bundesländer, dass das gar nicht so zu koppeln ist. Ich möchte sehr davon abraten, es gegeneinander auszuspielen, also ein Feiertag oder zusätzliche Kosten. Wir müssen da alle Anstrengungen unternehmen. Natürlich brauchen wir einen gesetzlichen Feiertag, weil er eben eine hohe Symbolkraft hat. Ich habe die Argumente alle genannt, ich muss sie nicht wiederholen. Dass das die Demokratie stärkt in den genannten Aspekten und natürlich brauchen wir gleichzeitig eine Förderung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Ich glaube, nichts davon können wir lassen, sollten wir lassen als Gesellschaft. Beides sollte uns wichtig und auch teuer sein. In Beides sollten wir investieren.

Vors. **Michael Noetzel**: Vielen Dank. Herr **Volkman** wollte darauf auch antworten, bitte.

SV **Peter Volkmann**: Ja, ich glaube, Herr **Domke** hatte aus meiner Sicht die richtigen Fragen gestellt zu den Auswirkungen von Frau Dr. **Hessler**. Nicht, dass jetzt ein verkehrter Eindruck entsteht. Das Thema Gleichberechtigung, gleiche Teilhabe etc. ist natürlich auch ein Anliegen für die Wirtschaft. Natürlich verkennen auch wir nicht, dass die Beschäftigten genauso wie Betriebe unter Corona gelitten haben, wie auch viele Solo-Selbstständige, viele Kleinstbetriebe etc. Das wird, glaube ich, völlig klar. Da gibt es überhaupt keine Gegenrede. Was man in der Tat sagen muss, ich glaube Herr Domke hat zurecht darauf hingewiesen, dass derzeit nur ein Bundesland, also Berlin, den 8. März als Feiertag hat. Mecklenburg-Vorpommern wäre möglicherweise das zweite Bundesland. Insofern Frau Dr. **Hessler**, muss ich nochmal sagen, ich glaube die touristischen Effekte wären dann eher begrenzt, weil Sie dann eine Umverteilung innerhalb des eigenen Landes oder in den ein oder anderen Wirtschaftsbereich haben. Was die Anzahl der Feiertage und die Produktivität angeht, muss man in der Tat sagen, Mecklenburg-Vorpommern hat eine Produktivität von knapp 83 Prozent derzeit. Natürlich kann ich jetzt argumentieren, ein zusätzlicher Feiertag mit Blick auf Bayern oder auch andere Bundesländer, auch ostdeutsche Bundesländer, Thüringen und Sachsen, haben auch elf Feiertage, also einen mehr als Mecklenburg-Vorpommern und auch dort ist die Wirtschaftskraft stärker und das Wirtschaftswachstum höher. Natürlich könnte ich daraus schlussfolgern, das liegt an einem zusätzlichen Feiertag. Ich kann aber auch genauso entgegenhalten und kann sagen, das hängt maßgeblich auch mit Betriebsgrößen und Wirtschaftsstrukturen zusammen, die dahinter hängen. Ich glaube in der Tat, hätten wir hier die Wirtschaftsstrukturen, wie die Bayern sie haben, dann würden wir auch 13 Feiertage aus wirtschaftlicher Sicht ganz locker verkraften können. Das als kurze Ergänzung.

Vors. **Michael Noetzel**: Vielen Dank. Frau **Kajatin** wollte auch noch etwas sagen dazu, Bitteschön.

SV **Claudia Kajatin**: Ja, vielen Dank! Die Wirtschaftsstruktur ist ja schon angesprochen worden und wir haben natürlich einen großen Dienstleistungsbereich, auch der öffentliche Dienst. Wenn man sich die Verteilung in Mecklenburg-Vorpommern der Unternehmen anguckt und der Branchen, ist das produzierende Gewerbe eher gering. Ich würde gern nochmal ein Schlaglicht auf einer anderen Seite, wenn es um Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit geht, lenken. Nämlich in vielen Unternehmensrunden, in denen ich auch

in den letzten Jahren war, zeigt sich immer wieder, dass geguckt wird, und gerade Pandemie-bedingt ist es nochmal deutlicher geworden, dass gesucht wird nach Arbeitszeitflexibilisierung, nach Modellen, wie man Arbeit anders organisieren und umstrukturieren kann. Da werden auch gerade Debatten geführt. In Mecklenburg-Vorpommern habe ich das jetzt noch nicht erlebt, aber im anderen bundesweiten Kontext, wo gesagt wird: Wie können wir es denn hinkriegen, auch im Sinne der Fachkräftesicherung, mit anderen Arbeitsmodellen zu arbeiten? Unter anderem auch die Frage der vier Tage Woche, was die Verteilung von Arbeit angeht, auch entlang der Bedürfnisse der Mitarbeitenden. Es muss zur Synchronisierung der unternehmerischen Bedürfnisse kommen. Das wollen alle Beteiligten, auch die Mitarbeitenden, dass das Unternehmen erfolgreich ist und am Markt besteht, wie man das synchronisieren kann mit den Bedürfnissen der Mitarbeitenden mit ihren Sorgearbeitsthemen und anderen. Von daher glaube ich, würde ich Frau Dr. **Hessler** zustimmen, das eine nicht gegen das andere ausspielen. Wir sind gerade dabei, auch stärker wissensbasierte Gründungen auch zu fördern. Also das versucht die Landesregierung seit Jahren, auch in andere Bereiche zu gehen. Da sind auch andere Formen der Arbeitsflexibilisierung schon angekommen. Also, wir wollen gute Fachkräfte. Von daher kann das ein Baustein sein, dass Fachkräfte, die wir gerne haben wollen, auch einen Mehrwert davon haben. Also, das ist das eine, also nicht gegeneinander auszuspielen und zu gucken, dass hier schon Tendenzen bei den Unternehmen am Laufen sind, die eigentlich diese Frage miteinbeziehen: Wie kann man Arbeit umorganisieren, dass es dadurch auch keine Mehrbelastung gibt? Wie kann man diese Effekte nutzen? Das finde ich wichtig, bei der Frage: Was kostet uns dieser Tag und was nützt der uns? Das andere ist, ich habe jetzt gerade die Zahlen nicht ganz vor Augen, aber ich würde jetzt gar nicht, was den Tourismus betrifft, so auf den Tourismus schauen aus anderen Bundesländern bei dem Feiertag nach Mecklenburg-Vorpommern rein, sondern wir haben auch einen recht großen Anteil an, wenn es Feiertage gibt, was binnentouristische Angebote und die Nutzung durch Personen hier in Mecklenburg-Vorpommern anbetrifft. Also das ist ja auch nicht zu vernachlässigen, wenn wir von positiven Effekten in der Freizeitindustrie, auch im Dienstleistungsbereich, sicherlich in Anteilen vom Gastronomiegewerbe sprechen. Also von daher, ich würde Frau Dr. **Hessler** da zustimmen und wollte noch diesen anderen Blick auf das Thema mit einbringen. Vielen Dank!

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, vielen Dank. Dann Frau **Oehlrich**, Ihre Frage bitte.

Abg. **Constanze Oehrich**: Ja, Dankeschön, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Frau Dr. **Hessler**. In der Stellungnahme des DGB heißt es ja: Den Internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, ist ein starkes, vor allem starkes politisches Symbol für alle Rechte, die sich Frauen in der Gesellschaft erkämpft haben. Gleichwohl gibt es noch viel zu tun. Meine Frage wäre: Was für gesetzgeberische Maßnahmen, was für sonstige Maßnahmen wären denn jetzt wichtig, sozusagen in der nächsten Zeit, als weitere Schritte, um auf die Gleichstellung der Geschlechter weiter hin zu arbeiten?

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, Frau Dr. **Hessler**, bitte.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Ja, danke. Also ich bin nicht unsere Gleichstellungsfachfrau, sondern ich bin zuständig für Grundsatz- und politische Planung. Wir haben natürlich jetzt schon einiges an Gesetzen und Gesetzesvorhaben gesehen. Wir erleben Gleichstellungsstrategien. Auch Mecklenburg-Vorpommern ist da in dieser Richtung tatsächlich gut dabei. Wir erhoffen uns, wie gesagt, dass wenn wir jetzt auf den Arbeitsmarkt schauen, sehen wir vor allen Dingen den Bereich, dass wir sehr viel Teilzeit haben, sehr viel prekäre Beschäftigung. An dieser Stelle möchten wir natürlich, dass hier sich hier sehr viel tut. Wir möchten eine gute Kinderbetreuung, dass Frauen in die Lage versetzt werden, eben auch mehr wieder stärker berufstätig zu sein. Wir möchten vor allen Dingen auch, dass die Bezahlung angemessen ist in frauendominierten Branchen. Da erleben wir immer noch einen extrem großen Unterschied. Wir haben jetzt den ganzen Pflegebereich, da haben wir besonders den Gesundheitssektor, der in der Corona-Pandemie natürlich auch eine besondere Rolle spielte. Hier haben wir gesehen, dass hier extrem große Unterschiede bestehen in den Bezahlungen. Also hier in diese Richtung muss tatsächlich noch sehr viel getan werden. Hier sind sowohl die Arbeitgeber gefordert. Hier ist aber auch das Land gefordert mit Initiativen, um Frauen zu fördern, zum Beispiel auch der Bereich Minijobs. Da erleben wir jetzt auf Bundesebene leider eine Entwicklung, die uns nicht gefällt. Hier werden Frauen systematisch in den Bereich prekärer Beschäftigung gedrängt. Genau das Gegenteil sollte der Fall sein. Das, was Frau **Kajatin** angesprochen hat, sind natürlich auch alle Modelle, die wichtig sind, um Frauen in dem Arbeitsmarkt zu fördern und hier besser zu integrieren. Nämlich so, dass man flexible Arbeitszeitmodelle schafft, die für Frauen wie für Männer wichtig sind, nämlich – den Bereich hatte ich vorhin auch kurz

angesprochen – der Bereich Kindererziehung ist ja nicht nur einer, der Frauen betrifft, sondern natürlich auch einer, der Männer betrifft und der auch von Männern zunehmend wahrgenommen werden will. Das heißt, hier müssen wir Modelle schaffen, dass beide Geschlechter gleichermaßen die Kindererziehung oder die Sorgearbeit zu Hause, wie übrigens auch die Betreuung der Eltern, beispielsweise pflegebedürftiger Personen, dann eben auch übernehmen können. Das heißt, ich glaube, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur Entgegenkommen, sondern tatsächlich auch eine Aufgabe der Arbeitgeber ist, an dieser Stelle, nämlich, wie schon genannt, auch um ihre Fachkräfte zu halten, um gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Der Gesetzgeber ist natürlich auch aufgefordert, an verschiedenen Stellen diese Möglichkeiten zu schaffen, beziehungsweise nicht noch Instrumente zu schaffen, wie beispielsweise durch die Minijobs, die dann in die, aus unserer Sicht, völlig falsche Richtung gehen.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, vielen Dank. Herr **Ehlers**, Sie hatten sich noch gemeldet, bitte.

Abg. **Sebastian Ehlers**: Ja, vielen Dank. Nochmal an Frau Dr. **Hessler**: Sie haben richtigerweise betont, dass nicht nur die Unternehmen durch die Pandemie betroffen waren, sondern natürlich auch die Beschäftigten. Das steht außer Frage. Es stellt sich für mich natürlich die Frage, gerade diejenigen, die dort besonders betroffen sind, das heißt Gesundheitsbereich, Pflegebereich, die erreichen wir natürlich mit dem neuen Feiertag nicht, weder Frauen noch Männer, die dort arbeiten. Wie bewerten Sie das denn?

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, Frau Dr. **Hessler**, bitte.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Ja, danke. Ja natürlich, das ist ein wichtiger Punkt. Dieser ganze Pflege- und Gesundheitsbereich, da merkt man natürlich, wie groß der Personalmangel an dieser Stelle ist. Das ist sicherlich auch der entscheidende Punkt. Hier muss natürlich durch mehr Personal Abhilfe geschaffen werden. Sicherlich ist da ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der letztendlich dann nicht die erhoffte Entlastung schafft. Das ist ganz klar. Hier müssen andere Maßnahmen her. Hier müssen wir tatsächlich dafür sorgen, dass wir ausgebildete Fachkräfte in dem Bereich haben, dass der Beruf attraktiv oder die Berufe, die gesamte Branche, deutlich attraktiver

wird, Menschen hier gerne arbeiten möchten und ganz andere Arbeitsbedingungen vorfinden als im Moment, so dass wir hier eben auch Beschäftigte haben, die nicht nach kurzer Zeit ausgebrannt sind, sondern die ihren Beruf, so wie sie es eigentlich auch gerne machen möchten, in der Regel gerne ausüben und gerne sich um die ihnen anvertrauten Menschen dann auch mit ganzem Engagement und voller Kraft kümmern können.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? Herr **Förster**, bitte.

Abg. **Horst Förster**: Ich hätte auch eine Frage an Frau Dr. **Hessler**. Ich möchte Ihnen die Situation an den Grundschulen zur Problematik Gleichstellung und Teilzeit einmal vorhalten. Dort sind 80 und 90 Prozent der Lehrer dort Frauen, also Lehrerinnen und insofern sind sie prozentual sehr stark vertreten dort. Davon sind auch viel in Teilzeit, weil sie eben Prioritäten vielleicht anders setzen. Sie fühlen sich wahrscheinlich zu diesem Beruf auch stärker hingezogen, als dass sie auf irgendeiner Maschine sitzen oder Ähnliches betreiben, weil sie eben sehr gerne oder vielleicht noch mehr als viele Männer dort das schön finden, mit Kindern umzugehen und ihnen was beizubringen. Viele von diesen teilzeitbeschäftigten Frauen oder die meisten sind dort teilzeitbeschäftigt, weil man sich das eben auch leisten kann, weil möglicherweise der Partner mehr verdient. Um das jetzt vorwegzunehmen, wenn man sich so entschieden hat, die ungleiche Bezahlung, die sich möglicherweise bei den Versorgungsansprüchen hinterher auswirkt, wird, solange die Partnerschaft besteht, durch den Zugewinn ausgeglichen, beziehungsweise, wenn es zur Trennung kommt, durch den Versorgungsausgleich. Viele von denen, das ist ja wieder das Erstaunliche, lehnen es ab, Schulleiter zu sein, wiederum aus vielleicht auch geschlechtsspezifischen Gründen, weil sie sich diese inzwischen wenig erfreuliche Tätigkeit mit überbordender Bürokratie und viel Ärger nicht antun wollen. Sehen Sie da ein Gleichstellungsproblem oder akzeptieren Sie, wenn jemand eben für sich solche Entscheidungen trifft, auch was den Komplex der Sorgearbeit angeht, wenn die Frau in den Pflegeberuf geht, außer Haus pflegt, in Altenpflege? Ist das für Sie in Ordnung, wenn eine gebildete Frau, wir nehmen speziell die, die Teilzeit arbeitet, weil sie mehr Raum haben will für ihre eigenen Kinder oder für die Nachbarin. Ist es dann akzeptabel oder kommen sie da in Probleme, weil sie erkennen müssen, dass es die totale Gleichstellung nicht gibt, aus meiner Sicht sogar mit Gleichberechtigung kollidiert.

Vors. **Michael Noetzel**: Frau Dr. **Hessler** bevor sie antworten. Ich habe die Frage von Frau **Oehrich** zugelassen. Ich lasse auch diese Frage zu, aber ich weise darauf hin, dass beide Fragen nichts mit unserer Anhörung zu tun haben, nämlich dem Feiertagsgesetz. Deswegen lasse ich die Frage natürlich zu und bitte sie, auch darauf zu antworten. Aber bitte....

Abg. **Horst Förster**: Darf ich dazu noch einen Satz sagen? Teilzeit war eine Kernaussage von Frau Dr. **Hessler**, dass man da mit rangehen müsste. Insofern sehe ich den Bezug absolut. Ich weiß nicht, wieso Sie das in Frage stellen.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, Frau Dr. **Hessler** bitte.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Ja, danke. Ich möchte nur ganz kurz darauf eingehen. Natürlich ist es jeder Frau freigestellt, ob sie, wie viel sie arbeiten möchte. Das kann ich mir nicht anmaßen, das möchte sicherlich auch niemand hier, dass für jemand anderen zu entscheiden. Wenn eine Frau sich entscheidet, dass sie gerne mit ihren Kindern die Zeit verbringen möchte, ist das aus unserer Sicht natürlich völlig in Ordnung und aus meiner persönlichen Sicht auch. Die Frage ist ja nur: Besteht hier überhaupt eine Wahlfreiheit? Und wir möchten es beiden Geschlechtern, sowohl Männern wie Frauen, ermöglichen, sich das so aufzuteilen, wie sie möchten, die Sorgearbeit. Ob der Mann zu Hause bleiben möchte, mehr zu Hause bleiben möchte, die Frau, ob beide voll arbeiten wollen, da möchten wir hin. Und ein Vorschreiben gibt es da nicht. Was ich allerdings bezweifele, dass es eine –wie Sie das beschrieben haben – eine Neigung gibt, der Frauen sich da mehr um Sorgearbeit zu kümmern, das möchte ich in Frage stellen. Ansonsten möchte ich dazu, oder habe ich dazu jetzt gar nicht mehr zu sagen.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, Danke Frau Dr. **Hessler**. Gibt es weitere Fragen? Herr **Ehlers**, Bitteschön.

Abg. **Sebastian Ehlers**: Ja, vielen Dank. Meine Frage, es geht an Herrn **Volkmann**. Herr **Eisenach** ist nicht mehr da, der könnte die Frage vielleicht auch beantworten. Deswegen nehme ich Sie jetzt dann mal als Vertreter der IHK. Herr **Eisenach** hat ja von einem Konjunkturprogramm für andere Bundesländer gesprochen beim Thema Kaufkraft. Und wer

zumindest aus Westmecklenburg hier die letzten Jahre erlebt hat, als der Reformationstag in Hamburg – ne – Schleswig-Holstein und Niedersachsen noch kein Feiertag war, der hat ja gesehen, was an dem Tag passiert, nämlich in den Parkhäusern Hamburg, Lübeck, Lüneburg waren fast nur Autos aus Westmecklenburg. Haben Sie Zahlen, eventuell auch aus dem IHK-Verbund im Norden, die sag ich mal, was belegen können zum Thema Kaufkraft, was an solchen Tagen dann quasi abwandert aus Mecklenburg-Vorpommern in andere Bundesländer? Oder ist das, sage ich mal, eine Situation, die jeder von uns quasi belegen kann mit persönlichem Beispiel und was auch faktischer so ist und sein wird, aber gibt es da irgendwo auch das Zahlenmaterial, was das eventuell untersetzen könnte?

Vors. **Michael Noetzel**: Ja Herr **Volkmann**, ich würde Sie bitten zu antworten und ich würde Sie bitten laut zu sprechen, beim letzten Mal waren sie etwas leise. Dankeschön.

SV **Peter Volkmann**: Gut! Versuche ich. Bin ich zu hören?

Vors. **Michael Noetzel**: Ja.

SV **Peter Volkmann**: Sehr schön. Also ich muss sagen, jetzt hier einfach eine Zahl in Raum zu werfen, ich habe im Moment keine absoluten Zahlen griffbereit, was so zu sagen, dann an Kaufkraft in den Einzelhandel in anderen Bundesländern und auch den Tourismusbereich in den anderen Bundesländern abwandert. Ich denke mal, die Zahl wird sich finden, das wäre unseriös, jetzt hier einfach ins Blaue hinein irgendwas zu sagen. Aber richtig ist in der Tat, wir haben es ja, auch wenn der Vergleich eigentlich vielleicht ein bisschen hinken mag, wir haben es ja in Zeiten der Corona-Restriktionen gesehen, weil es eben keinen norddeutschen Gleichschritt gegeben hat, dass viele Handelsbereich, die bei uns geschlossen waren, ich denke mal, im ersten Lock-down, Baumärkte, Gartenmärkte ect., sozusagen dann dazu geführt haben, dass viele Kunden aus Mecklenburg-Vorpommern in benachbarte Bundesländer ausgewichen sind an diesen Tagen. Also insofern die These, dass es dort dann zu Kaufkraftabflüssen kommt aus diesem Land an dem Tag, auch zu Einkaufstourismus oder Freizeittourismus kommt in andere Bundesländer, ich glaube, die ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Ich hoffe das reicht erstmal so und im Zweifel müssten wir noch gucken, ob wir noch Zahlen nachliefern können. Ich

würde da gerne noch mal mit dem Kollegen **Teetz** vom Handelsverband, ob er da irgendwas in der Schublade hat.

Vors. **Michael Noetzel**: Vielen Dank. Herr **Ehlers**, dazu eine Nachfrage?

Abg. **Sebastian Ehlers**: Nur die Bitte, in der Tat, das Angebot würden wir gerne aufnehmen, wenn es da irgendwo noch Zahlen geben würde, aus den benachbarten IHK's oder Einzelhandelsverband etc., wäre das schön, wenn uns das vielleicht im Nachgang zur Verfügung gestellt werden könnte. Danke.

SV **Peter Volkmann**: Das machen wir.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, das ist super. Dann Frau **Hegenkötter**, bitte.

Abg. **Beatrix Hegenkötter**: Genau, ich habe auch nochmal eine Frage zum Thema Kosten dieses Feiertages, der schon mehrfach heute angesprochen worden ist. Von der IHK hauptsächlich gab es ja die Hochrechnungen sozusagen, was wir, womit wir möglicherweise an Einbußen rechnen müssen hier bei uns im Bundesland. Und ich wollte mal im Gegenzug nachfragen: Sie kennen ja bestimmt auch den Equal Pay Day, der in diesem Jahr auf den 7. März fällt. Das bedeutet, dass bis zum 7. März die Frauen eigentlich unentgeltlich arbeiten, weil sie in Teilzeit arbeiten, weil sie schlechter bezahlt werden. Haben Sie da vielleicht mal eine Hochrechnung, wenn wir die Frauen anders bezahlen würden, was diese Frauen in diesem Zeitraum verdienen würden?

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, danke. Ich glaube die Frage ging an Herrn **Volkmann**. Wollen Sie darauf antworten? Können Sie darauf antworten? Oder jemand anders?

SV **Peter Volkmann**: Also die Zahlen haben wir so nicht. Das mag auch daran liegen, wir müssen uns erstmal daran gewöhnen, dass wir uns zu arbeitsberechtigten, sozialpolitischen Belangen als IHK-Organisation wieder äußern dürfen. Das war uns ja lange Zeit durch Rechtsprechung und Gesetzeslage verwehrt, aber ich glaube, das ist – also Equal Pay generell würde ich mal sagen – das ist genauso wie auch das Stichwort, was Frau **Kajatin** vorgebracht hat, sozusagen betriebliche Arbeitsorganisation, ist glaube ich keine

Frage, die im Kern sozusagen mit einem Feiertag irgendwie korreliert. Also ich glaube schon, da den Blick drauf zu werfen, ist ohne Frage richtig, aber ich würde jetzt mal in der Tat behaupten, bezogen auf den Feiertag, ist das eine ganz andere Argumentations-schiene, die zu den Auswirkungen des Feiertages hier nicht – aus meiner Sicht – nicht zielführend ist.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, vielen Dank. Herr **Lange**.

Abg. **Bernd Lange**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Eine Frage an Herrn **Volkmann**, er führte aus, dass Mecklenburg-Vorpommern eine Arbeitsproduktivität von 85% hat. Liegen die Ursachen vielleicht darin, dass wir hier länger arbeiten für weniger Geld? Oder welche Ursachen hat das?

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, Herr **Volkmann**, bitte.

SV **Peter Volkmann**: Ja, ich denke mal, das ist einfach die statistische Berechnung. Also 85 % haben wir nicht. Das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern hat aktuell 82,7 für das Jahr 2021 ausgewiesen. Man könnte jetzt noch mal reinschauen, Produktivität je Arbeitsstunde zum Beispiel, aber in der Tat - ich habe es ja gesagt – das hängt maßgeblich mit der Betriebsstruktur, mit den Betriebsgrößenklassen im Land und auch mit der Wirtschaftsstruktur zusammen. Weil wir haben – würde ich mal sagen – zu mindestens 95 % Kleinstbetriebe in diesem Land. Das heißt Betriebe, die entweder Soloselbständige sind oder deutlich weniger als zehn Beschäftigte haben. Und richtig ist natürlich auch, wir sind in der Wirtschaftsstruktur eben auch sehr stark vom touristischen Bereich geprägt, vom Dienstleistungsbereich geprägt. Es gibt mit Sicherheit Dienstleistungsbereiche, die eine sehr hohe Produktivität haben, die auch entsprechende Löhne und Gehälter an die Mitarbeitenden zahlen können. Aber insgesamt muss man eben sagen, der hohe Anteil der Tourismuswirtschaft – wir sehen das ja auch aus den anderen Untersuchungen, die es gegeben hat – Anteil am Bruttoinlandsprodukt etwa 10 %, Anteil an der Beschäftigung 15 %. Das zeigt im Kern, dass hier sozusagen dann doch die vergleichsweise zum verarbeitenden und produzierenden Gewerbe, geringeren Lohnniveaus sozusagen dann hier auch durchschlagen.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, danke. Gibt es weitere Fragen? Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, dann bedanke ich mich zum Abschluss recht herzlich bei den Sachverständigen. Vielen Dank, dass Sie da waren und uns Auskunft gegeben haben und wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, doch, Herr **Mucha**, bitte.

Abg. **Ralf Mucha**: Herr Vorsitzender, wir haben ja noch eine zweite Sitzung und auch noch eine dritte Sitzung irgendwie auf der Tagesordnung. Vielleicht können Sie noch mal prüfen, da wir jetzt früher fertig sind, der besondere Ausschuss wird ja nicht so lange dauern, ob man den gegebenenfalls vor dem Teil zwei macht und ob es da irgendeine Möglichkeit gibt, das zusammenzufassen. Dankeschön.

Vors. **Michael Noetzel**: Ja, Herr **Mucha**, genau da wären wir jetzt dazu gekommen, dass wir uns darüber verständigen, wie wir weitermachen. Die nächste Anhörung ist für um zwölf angesetzt. Ich glaube, es macht keinen Sinn, das vorher zu machen, weil die Sachverständigen einfach vorher nicht da sein werden. Bei dem besonderen Ausschuss weiß ich im Moment nicht, wie weit wir dort sind. Ich weiß nicht – Herr **Domke** können Sie was dazu sagen, ob wir das vor zwölf schaffen?

Abg. **René Domke**: Also soweit ich weiß, ist alles soweit abgestimmt und wir warten nur noch, dass wir irgendwie eine Unterschrift leisten können.

Vors. **Michael Noetzel**: Okay, das heißt, wir könnten es versuchen, dass wir uns dann um drei Viertel zwölf hier treffen. Ich glaube, das ist relativ fix gemacht, eine Viertelstunde für den Besonderen Ausschuss. 11:45 Uhr, dann würden wir um 11:45 Uhr mit dem besonderen Ausschuss weitermachen und dann um 12:00 Uhr mit der Anhörung weiterfahren. Dann sehen wir uns um 11:45 Uhr hier und ich schließe die Sitzung. Und wie gesagt, vielen Dank, dass sie da waren. Bis bald.

SV **Peter Volkmann**: Ja, danke, dass wir dabei sein durften.

SV **Claudia Kajatin**: Ja, vielen Dank.

SV Dr. **Siglinde Hessler**: Dankeschön.

SV **Peter Volkmann**: Gute Weiterberatung! Tschüss.

Sitzungsende: 10:20 Uhr

Wi/Gr/Sto

Michael Noetzel
Vorsitzender